

# Riesauer Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckort: Riesa, Druckerei Nr. 20.

Das Riesauer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Weisken.

Postfachkonto: Dresden 1839  
Wilhelmsplatz Nr. 52.

Nr. 174.

Montag, 28. Juli 1924, abends.

77. Jahrg.

Das Riesauer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/2 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Einsetzens von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 81 mm breite, 3 mm hohe Grundzeile (8 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamzeile 100 Gold-Pfennige; zeitüberdauernde und tabellarische Satz 50%, Kufschlag, Zeile Tarife, bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Vertrag verfällt, durch Abgabe eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Künftige Unterhaltungsbeiträge, Erzähler an der Elbe. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Rieseranten oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Notationsdruck und Verlag: Langner & Winterlich, Riesa. Geschäftsführer: Wortbeiträge 50. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Riesa.

## Der Reichstag hat sich vertagt.

Abd. Berlin, 26. Juli 1924.

Der Reichstag beschloß am Sonnabend den letzten kurzen Tagungsabschnitt mit der

### Annahme des Notetats

und gina dann auseinander, um erst wieder zusammenzutreten, wenn die mit dem Sachverständigen-Gutachten zusammenhängenden Beschlüsse dies erforderlich machen, voraussichtlich also um die Mitte des August.

Die dritte Beratung des Notetats wurde, wie wir bereits am Sonnabend berichteten, durch einen fast einstimmig gefassten Beschluß der abwesende Reichswehrminister Decker herbeigeführt wurde, um Auskunft über die Finanzlage der Reichsbahn zu geben. Er teilte mit, daß die Reichsbahn vom November bis April einen Ueberschuß von 40 Millionen erzielt hat, der zur Einlösung des Notgeldes und zur Abtragung drückender Schulden verwendet worden ist. Für den neuen Etat wird ein Fehlbetrag von 85 Millionen angenommen.

In der Aussprache fand das größte Interesse die Rede des Abg. Dr. Gorkisch, in der er die Stellung der Deutschen Nationalen im Sachverständigen-Gutachten darlegte. Es war die Antwort auf die von Sozialdemokraten und Kommunisten geäußerte Vermutung, daß die Deutschen Nationalen ihre Haltung ändern und dem Gutachten zustimmen würden. Dr. Gorkisch verwies auf die von den Deutschen Nationalen schon früher als unerlässliche Voraussetzung für die Annahme gemachten Vorbehalte. Er betonte, daß jetzt auch die Regierung und die Regierungsparteien diese Vorbehalte machten und erklärte dann, die Deutschen Nationalen würden die Wahrung der Interessen der Nation für einige Bestimmungen erforderliche Zweidrittelmehrheit gegeben ist, hinsichtlich des Beschlusses, um einen Verzicht auf diese Vorbehalte zu verhindern.

Abg. Dr. Bredt erklärte, die wirtschaftliche Vereinigung stehe zwar in Opposition zur Regierung, wolle aber ihre Stellung in London jetzt nicht schwächen und werde deshalb bei der Abstimmung über den Nationalsozialistischen Mißtrauensantrag Stimmhaltung üben.

### Nach Annahme des Notetats wurde der

### Mißtrauensantrag der Nationalsozialisten

mit 172 gegen die 62 Stimmen der Kommunisten und Nationalsozialisten abgelehnt. Neben der Wirtschaftlichen Vereinigung enthielten sich auch die Deutschen Nationalen der Stimme.

Der Antrag des Rechtsausschusses auf Aufhebung der letzten Presseverordnung des Reichspräsidenten wurde an den Rechtsausschuß zurückverwiesen.

Angenommen wurde ein Antrag, der die Aufhebung des Verbots politischer Parteien fordert, ebenso eine Entscheidung, in der die Aufhebung des vom ehemaligen bayerischen Generalstaatskommissar v. Raab erlassenen Verbots der kommunistischen Presse fordert.

Der vom Rechtsausschuß eingebrachte Entschluß auf Einführung des Wiederabnahmeverfahrens bei den bayerischen Volksgerichten konnte nicht endgültig erledigt werden, weil Abg. Dr. Bredt (Wirtschaftl. Verein.) der 3. Lesung widersprach.

Der Präsident schlägt dann Vertagung vor und bittet, ihm die Bestimmung des nächsten Sitzungstages und der Tagesordnung zu überlassen. Das Haus ist damit einverstanden.

Schluß 5 1/2 Uhr.

### Der Reichstagsausschuß für die besetzten Gebiete

erledigte in seiner Sonnabend-Sitzung die zur Frage der Betreuung der ausgewiesenen Deutschen, Angehörigen und Arbeiter gestellten Anträge. Der Vertreter des Reichsverkehrsministeriums sagte zu, daß im Sinne der Antragsteller Richtlinien für eine Uebergangsbetreuung ausgearbeitet und daß die entlassenen Arbeiter vorzugsweise wieder eingestellt werden würden, soweit dies möglich sei. Der Ausschuß stimmte einem sozialdemokratischen Antrag zu, der eine Betreuung für die vereinzelt und vorzeitig Zurückkehrenden verlangte; weitergehende Anträge wurden abgelehnt.

### Der Auswärtige Ausschuß des Reichstags

Beschäftigte sich am Sonnabend mit dem deutsch-amerikanischen vorläufigen Wirtschaftsabkommen. Nach eingehender Berichterstattung, an der sich außer den Vertretern der Parteien Ministerialdirektor Knipping vom Auswärtigen Amt und der Handelsvertreter Grandes beteiligten, beschloß der Ausschuß, die Beschlüßfassung auszusagen, um noch einige Fragen zu klären.

### 200 Bergarbeiter verschüttet.

\* New York. Durch ein schlagendes Wetter sind in der Grube Gattes im Staate Pennsylvania 200 Arbeiter verschüttet worden. Bis jetzt konnten 5 Leichen geborgen werden.

### Gedächtnisfeier in Rom.

Rom. (Funkpruch.) In der heiligen deutschen evangelischen Kirche hat am Sonntag vormittag eine Gedächtnisfeier für die deutschen Gefallenen stattgefunden. An der Feier nahmen auch der deutsche Botschafter beim Quirinal Freiberger von Neureich und der deutsche Botschafter beim Vatikan von Weizen teil.

## Der Kampf um die militärische Räumung.

### Kompromiß über die Ruhräumung.

\* London. In alliierten Kreisen, die über gute Beziehungen zu führenden Delegationsmitgliedern verfügen, verlautete kurz vor Mitternacht, daß in den englisch-französischen Besprechungen eine vorläufige Einigung über die wichtigsten unstrittigen Fragen auf folgender Grundlage erreicht worden ist: Wenn Frankreich bereit ist, außerhalb der Konferenz in Verhandlungen bestimmte Zusagen zu machen über die Zeitpunkte der schrittweisen militärischen Räumung des Ruhrgebietes, werden der englische Ministerpräsident und der englische Schatzkanzler Snowden bei den Banken intervenieren zugunsten eines Uebereinkommens mit den Banken über die Ausgabe der 800 Millionenanleihe zu politischen Garantien und Bedingungen, die für Frankreich erträglich sind. Es verlautet weiter, daß Herriot auf Grund des Ergebnisses dieser Besprechungen telegraphisch das französische Kabinett beauftragte, Montag vormittag um diesen Kompromißvorschlag Stellung zu nehmen. Die Einzelheiten dieses Kompromißvorschlages soll Herriot dem Staatssekretär Israël, der gestern in London angekommen ist, mitgeteilt haben.

London. (Funkpruch.) „Daily Telegraph“ berichtet: Herriot hat anbestimmt, daß die baldige militärische Räumung des Ruhrgebietes von den Besatzungsmächten erwirkt werden soll. Diefen bedeutenden Entschluß des Herriot sei ein unformelles Ultimatum Poincarés vorausgegangen, in dem er darauf hingewiesen worden sei, daß er den hartnäckigsten Widerstand zu erwarten habe und in dem er auf drei Punkte hingewiesen habe. 1. Deutschland soll nicht unter der Bedingung der Gleichberechtigung zur Konferenz zugelassen werden. 2. Die Grundzüge der Durchsetzung des deutschen Eisenbahnpersonals im Rheinland mit alliierten Eisenbahnern soll aufrecht erhalten werden. 3. Für die wirtschaftliche Räumung des Ruhrgebietes soll kein endgültiger Zeitpunkt festgelegt werden. Dem Korrespondenten zufolge sei klar, daß Herriot entschlossen sei, sich keinem der Artikel seiner Opposition zu unterwerfen. Es verstreute sich von selbst, daß Herriot bei seinem Eintritt für eine Politik süffiantigen Zulammens zwischen den früheren feindlichen Nationen der Sympathie und Unterstützung sowohl der Briten als auch der Amerikaner öffentlichen Meinung sicher sei. Wie der Berichterstatter weiter meldet, sei den Alliierten Englands zu verstehen gegeben worden, daß nach der Durchführung des Dawesberichtes und der erforderlichen Ausgabe der Anleihe Amerika Kredite nicht nur für Deutschland, sondern auch für Frankreich und für andere Länder reichlich nach Europa fließen lassen würde.

Paris. (Funkpruch.) Der Sonderberichterstatter des „Petit Parisien“ meldet, daß die Frage der militärischen Räumung in einem Brief ausgearbeitet worden ist, den Macdonald dem französischen und dem belgischen Hauptdelegierten geschrieben hat. Der englische Premierminister erklärt, daß ihm angesichts des Charakters der von den Bankiers geforderten Garantien klar der Augenblick gekommen zu sein scheint, die Frage der militärischen Räumung aufzuwerfen. Macdonald fragt deshalb, zu welchem Datum die Regierungen von Paris und Brüssel diese Räumung vorzunehmen gedächten. Angesichts eines solchen direkten Angriffes hätten sich Herriot und Thurnis nur schwerer eine Antwort entziehen können. Vom ersten Augenblick an hätten sie genau dargelegt, daß die militärische Besatzungsfrage nur Frankreich, Belgien und Deutschland angehe, daß die Frage der militärischen Räumung nicht offiziell in einer Vollziehung der Konferenz besprochen werden könnte, daß auf keinen Fall die Räumung des Ruhrgebietes durch die französischen und belgischen Truppen, die für die Durchführung des Dawesplanes nicht notwendig seien, erfolgen werde, wenn nicht gleichwertige Kompensationen angeboten würden.

### Widerstand in der Räumungsfrage.

\* Paris. Der Sonderberichterstatter der „Agence Havas“ in London berichtet, die juristischen Sachverständigen hätten einstimmig erklärt, die Deutschen müßten zur Londoner Konferenz zugelassen werden. Ministerpräsident Herriot habe sich mit Ramsay Macdonald dahin verständigt, daß die Einladung erst ergehen solle, wenn unter den Alliierten eine Einigung erzielt sei. Es scheint jedoch ausgemacht zu sein, daß man den deutschen Delegierten keine endgültigen und unabänderlichen Vorschläge überweisen werde, sondern, daß man mit ihnen das Abkommen, das unterzeichnet werden solle, besprechen werde. Unter diesen Umständen könne man kein Verfahren ins Auge fassen, das ein Ultimatum in sich schließt. Uebrigens verhielt man in diplomatischen Kreisen, daß die deutschen Delegierten in London die Frage der militärischen Räumung des Ruhrgebietes ansprechen würden. Man behauptete sogar, daß Foreign Office sei bereits amtlich hiervon in Kenntnis gesetzt worden. Es sei aber sicher, daß die französische Delegation sich einer Debatte hierüber widersetzen werde. Der Sachverständigenbericht behalte ausdrücklich die militärische Besetzung vor unter der Bedingung, daß sie die Wirtschaftseinheit des Deutschen Reiches nicht störe. Es sei also kein Grund vorhanden, vor der Konferenz ein Problem zu behandeln, das ausschließlich zur Kompetenz

der Besatzungsmächte gehöre und über das Frankreich und Belgien, wenn der Augenblick gekommen sei, mit Deutschland verhandeln würden.

\* Paris. Der Londoner Berichterstatter des „Lancet“ schreibt, auf der Londoner Konferenz werde nicht von der militärischen Räumung des Ruhrgebietes gesprochen werden. Der Standpunkt Herriot's in dieser Frage sei vollkommen klar. Die Mehrheit, die am 11. Mai in Frankreich gekent habe, habe sich für die wirtschaftliche und die militärische Räumung ausgesprochen. Die wirtschaftliche Räumung sei nunmehr durch die zweite Kommission der Londoner Konferenz geregelt. Was die militärische Räumung anbetreffe, so spreche hieron die programmatische Erklärung des Ministerpräsidenten, und er denke nicht daran, seine Politik zu ändern. Diese militärische Frage sei überaus eine Frage, die nur Frankreich, Belgien und Deutschland angehe. Niemals könne sich also die Konferenz mit ihr befassen. Der Berichterstatter glaubt erklären zu können, daß Macdonald diese Ansicht nicht habe. Zweifellos sei die Frage der militärischen Räumung zwischen den Ministerpräsidenten besprochen worden.

### Um die Anleihegarantie.

\* Paris. Nach dem Journal des Debats deuteten englische Geschäftsleute in Privatgesprächen die Möglichkeit an, daß die Vereinigten Staaten eine englische Jahresanleihe, welche auf Grund des Schuldenabkommens in Amerika besetzt werden muß, zur Anleihegarantie der 800 Millionenanleihe verwenden wollen. Der Vorschlag hierauf soll von Frankreich gemacht worden sein. Journal des Debats glaubt nicht, daß die französischen Delegierten diese Initiative ergreifen werden, weil sie als unbedeutsam angesehen werden könnte. Das Blatt macht dann den Vorschlag, Frankreich möge während eines Jahres auf die Naturalleistungen verzichten, jedoch statt 800 Millionen nur die Hälfte, 400 Millionen, aufgebracht werden müßten. Das Blatt empfiehlt, sich zu dieser Konzeption nur im äußersten zu entschließen.

### Vor dem Ende der Konferenz?

\* Paris. Der Sonderberichterstatter des „Temps“ in London nimmt an, daß die Konferenz nicht länger als bis Sonnabend, den 2. August, dauern werde. Die englische Regierung müsse vor der Vertagung des Parlaments am 6. August diesem die versprochenen Erklärungen über die Ergebnisse der Konferenz abgeben.

### Die letzten Vorbereitungen der Reichsregierung.

Berlin, 28. Juli. Der deutsche Botschafter in London, Dr. Thamer, ist, wie wir hören, von der Reichsregierung beauftragt worden, die Londoner Konferenz zu nenerlich über die Auffassungen der Reichsregierung zu den einzelnen Fragen der technischen Durchführung des Gutachtens zu unterrichten. Er wird ein weiteres schriftliches Exposé überreichen, in welchem hauptsächlich der deutsche Standpunkt zu der Sanktionsfrage und zu der Kontrolle der strategischen Eisenbahnen in den besetzten Gebieten dargelegt wird. Dieser neuerliche deutsche Schritt stellt die letzte Vorbereitung der Reichsregierung zur Teilnahme an der Londoner Konferenz dar. Nach den Worten der Reichsregierung zugegangenen Mitteilungen aus London beruht nach wie vor die Absicht unter den alliierten Regierungen, vor der Einziehung der deutschen Delegation eine grundsätzliche Einigung unter den Konferenzmächten herzustellen. Deutscherseits hatte man jedoch in den letzten Tagen erwartet, daß die Zulassung Deutschlands für die weiteren Beschlüsse der Konferenz maßgebend wäre und daher die Erörterungen über die Sanktionsfrage zurückgestellt würden. Diese Erwartung hat sich jedoch als irrig erwiesen. Um nun die Möglichkeit zu haben, auf die alliierten Regierungen einzuwirken, bevor die Einziehung der deutschen Vertreter erfolgt und bevor endgültige Beschlüsse gefaßt worden sind, hat man es für notwendig gefunden, die Konferenzmächte mit den Einwendungen Deutschlands gegen die zur Zeit in Erwägung stehenden Kompromißformeln schon jetzt bekannt zu geben.

### Das Rechtsgutachten der Sachverständigen.

Berlin. (Funkpruch.) Ueber den Inhalt des Rechtsgutachtens der Sachverständigen über die Einleitung der Pariser Konferenz meldet der Londoner Korrespondent des „Petit Parisien“, daß der Bericht 5 mit der Maschine gedruckte Seiten umfasse. Er beginnt mit Ausführungen über den Friedensvertrag. Die Sachverständigen stellen fest, daß der Vian Dawes Zahlungsmittel vorläufige, die im Friedensvertrag nicht in Betracht gezogen worden seien und daß er eine Einmischung in die innerdeutschen Regierungsangelegenheiten voraussetze, namentlich was die Notenbank, die Eisenbahngesellschaft, die Industrieobligationen und die Abgabe von Holzträgen anlangt. Dementprechend hätten sich die Sachverständigen auf den Standpunkt gestellt, daß die Londoner Konferenz in der Unterzeichnung der drei Protokolle unterscheiden müsse, die im Anschluß an die Unterhandlungen aufgestellt werden würden, je nachdem, ob sie sich zwischen der Reparationskommission und den Deutschen, zwischen den Franzosen und den Belgiern einerseits und den Deutschen andererseits oder zwischen den Alliierten allein abspielten.